

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa,
Riesa Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weichen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postfachkonto: Dresden 1330
Kassafache Riesa Nr. 22

Nr. 129.

Dienstag, 6. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 4.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachwehlungs- und Vermittlungsgebühr 1 Mark. Keine Taxen. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schlußfrist: 14-tägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Angelegenheiten: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Erkrankung der Weinstöcke, Beerentriebe und Obstbäume.

Es wird darauf hingewiesen, daß jetzt gegen das Auftreten des echten Mehltaus die Weiden zu schwächen sind und gegen den falschen Mehltau eine Bepflanzung mit Kupferkalklösung vorzunehmen ist. Nach der Blüte sind diese Arbeiten zu wiederholen und in 8 Wochen darauf abermals. Der Mehltau des Apfelbaumes ist zu bekämpfen durch Ausputzen der betroffenen Triebe oder Durchschneiden.
Stachelbeertriebe sind auf das Auftreten des amerikanischen Stachelbeermehltaus hin zu beobachten und es ist bei Verdachtungserscheinungen sofort Rat hier einzuholen. Auf Blattläuse, Blattläuse und Schildläuse sind die Obstbäume zu beobachten. Gegen Blattläuse ist Ausputzen mit Obstbaumfarböl oder Spiritus mit aufgelöstem gewöhnlichem Soda; gegen Blattläuse Abwaschen mit Seifenwasser und Quassialauge; gegen Schildläuse Abkratzen und Bekämpfen der Stämme oder Äste mit Obstbaumfarböl oder Kalkmilch zu empfehlen. Spritzen zur Bekämpfung stehen in den Orten: Seußlich,

Radeburg, Schönborn, Frauenhain, Glaubitz, Nauwalde, Strichen, Gäßernitz, Steinsbach, Thienbors, Stäbchen, Weibitz und Großenhain. Mündliche Auskunft über alle Fragen kann jeden Sonnabend von vorm. 7—1 Uhr bei der Amtshauptmannschaft eingeholt werden.
Großenhain, am 3. Juni 1922. Die Amtshauptmannschaft.

Tounerstag, den 8. Juni 1922, vormittags 8 Uhr
sollen in Gröda im Speicher der Firma G. Gustav Feigke (alter Hofen) versch. Möbel, u. a. m. versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.

Freitag, den 9. Juni 1922, nachmittags 4 Uhr soll in Kommaß, Gasthof zum „goldnen Baum“, eine neunjährige, ca. 173 cm hohe Rappstute mit Stern gemäß S 489 B. G. B. öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.
Eine Aufhebung der Versteigerung findet voraussichtlich nicht statt.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Kommaß, am 3. Juni 1922.

Die Ansichten in der Weltpolitik.

Die deutsch-polnischen Ratifikationsurkunden über das Genfer Abkommen und die Nebenverträge sind ausgetauscht und dennoch ist es in Oberösterreich unruhiger als zuvor. Man könnte es verstehen, wenn sich von deutscher Seite ein Widerstand gegen die Vollziehung des Unrechts bemerkbar machte, aber auf deutscher Seite ist es ruhig und soll vielleicht der neue polnische Terror nur provokatorisch wirken, um dann wieder den Deutschen am Fingergelb zu fassen. Die Franzosen mühten den Belagerungsstand zu verbieten und wir kennen diese Schutengel nur Genüge. Auch der Belagerungsstand bietet den deutschen Bürgern keinen Schutz, weil er französisch gehandhabt wird, d. h. weil er nur den Deutschen Beschränkungen auferlegt, während die Polen sich für weitere Gewalttaten mit französischem Geld und ungezügelter Organisation dürfen. So sieht die Lage nach Wingen aus, wo wir nur wenige Tage vor dem endgültigen Verlust des an Polen fallenden Teiles des deutschen Landes entfernt sind, und wo Polen alles Interesse hätte, sich mit Deutschland zur Erhaltung der Lebenskraft und des Reichs des Industriewerks zu verständigen. Man merkt nur Chauvinismus und man verheißt, woher er kommt, wenn man einmal nach der anderen Front gegen Deutschland sieht.

Man berät in Paris über die Anleihe. Gleich nach Wingen legt man sich wieder hin und doch ist die Lage geändert, obwohl die Sitzungen inzwischen geruht haben. Die Wahrheiten zu denen sich die internationalen Finanziers bekennen mühten, weil sie trotz allen Abstreitens Wahrheiten bleiben, haben Woincars dazu veranlaßt, ein energisches Veto einzulegen, obwohl Frankreich die Anleihe am nötigsten braucht. Man will keine Verkleinerung über die Schuldsomme an der Seine, zu mindestens nicht man die Sache nicht weiter hinauschieben und Frankreich wünscht die europäische Politik zu durchkreuzen, indem es für den Herbst dieses Jahres eine Washingtoner Finanzkonferenz anregt, inwieweit aber selbst die keine Anleihe zu einer kleinsten Anleihe herunterdrückt. Schon bei vier Milliarden blieb für die Franzosen so gut wie nichts übrig, bei zwei Milliarden, von denen man jetzt spricht, kann kaum die belgische Priorität befriedigt werden, wenn Deutschland nur einen geringen Teil für seine eigene Sanierung abgeben soll, um wenigstens für die nächsten Monate die Reparationskosten bezahlen zu können.

Frankreich glaubt, da es einige Dinge gibt, in denen die amerikanischen Interessen den seinen näher stehen als den englischen, in Washington auf eine größere Genialität rechnen zu können als bei den Besprechungen in Europa. Amerika dagegen bereitet immer noch einen Zustand vor, in dem es den Ausfall der europäischen Wirtschaft durch neue Handels- und Wirtschaftsbeziehungen erleben kann. Eine in Aussicht genommene Wirtschaftskonferenz der Länder des Stillen Ozeans ist nämlich nicht anders als eine Umorientierung der amerikanischen Wirtschaftsinteressen. Der europäische Streit ist gerade für amerikanische Augen unheimlich, man will nicht länger darunter leiden, es gibt auch noch anderswo auf der Welt Platz, und umso mehr verliert Europa das amerikanische Interesse, das es lebensnotwendig braucht.

Gibt es eine Hoffnung auf die Neutralen? Verbunden bedeuten auch die kleinen Staaten gerade in wirtschaftlicher Hinsicht eine Macht, die um so größer ist, als sie ohne Ausnahme hochpolitische Länder sind. Eine wissenschaftliche Konferenz, die sich mit den Kriegszuständen befassen soll, gebildet aus Neutralen, mit dem Sitz in Schweden, ist an sich eine erfreuliche Erscheinung. Wir haben Grund, auch geringe Beiträge zur Ermittlung der Wahrheit mit freudiger Erwartung zu begrüßen, wenn auch das Material, das dieser Konferenz vorliegt, nicht vollständig sein kann, solange die Entente ihre Archive verschlossen hält. Aber es wird nur ein theoretischer Spruch zu erwarten sein, der keinerlei praktische Folgen hat. So sehr man es bedauern muß, eigene wirtschaftliche Interessen führen das bisher so strenge neutrale Spanien zu harten Maßnahmen gegen das deutsche Dumping, an dem Deutschland auch nicht die geringste Schuld trägt. Man wird sogar Besorgnisse nicht los, daß auch andere Neutrale Spanien auf diesem Wege werden folgen können, weil es diesen Ländern zu lange dauert, bis man auf einen Wandel hoffen kann. Das bringt neue Lasten für die deutsche Wirtschaft, die den Anschluß an die Weltwirtschaft wieder gewinnen muß, wenn nicht riskiert werden soll, daß sich die andern auf einen Zustand ohne Deutschlands Mitwirkung allmählich einzurichten müßten. Wenn man für den Augenblick einmal, wie auch jetzt, eine geringe Belastung des deutschen Geschäftverkehres feststellen kann, so soll man sich darüber nicht täuschen, daß die Ursachen hierfür in den größeren Besorgnissen für die Zukunft liegen. Die Weltlage ist noch nicht reif für berechnete deutsche Hoffnungen.

Ein Attentat auf Scheidemann.

Aus Kassel wird gemeldet: Oberbürgermeister Scheidemann wurde während eines Ausfluges, den er Sonntag in Begleitung seiner Tochter und seiner Enkelin nach Wilhelmshöhe unternommen hatte, auf dem Wege nach dem Aussichtspunkt Römers-Runn von einem etwa 20 bis 22jährigen Mann überfallen, der ihm einen Gummiball mit 5 Zentimeter langer Stahlspitze ans Gesicht hielt und ihn darauf mit einer Flüssigkeit bespritzte, dann den Ball von sich warf und entfloh. Der Oberbürgermeister schob aus seiner Rehrückenpistole zweimal hinter dem Flüchtigen her. Unmittelbar vor Abgabe des zweiten Schusses schloß Scheidemann eine Schwäche aufsteigen und brach nach Abgabe des Schusses zusammen. Nach einer etwa eine Viertelstunde andauernden Bewußtlosigkeit kam er wieder zu sich und konnte in seine Wohnung geführt werden. Die Art der Flüssigkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Die sofort ausgesommene Verlesung des Täters, der nach Angabe von Zeugen den besten Stand angedrückt, und der auf der Hundt etwa 150 Meter vom Torort einen schweizer Eidgenossen mit Spatenwinde sargenommen hatte, ergab, daß er den Bergabhang hinunter und auf Nebenwegen nach dem Bahnhof zu gelaufen ist, dort eine Fahrkarte 4. Klasse gelöst und in der Richtung nach Werra gefahren ist. Auch in Kassel selbst sind Streifen verhaftet worden, ohne bisher zur Ergreifung des Täters zu führen, auf dessen Ermittlung der Regierungspräsident 5000 Mark Belohnung ausgesetzt hat.

Weitere Meldungen aus Kassel belegen: In Ergänzung der gestrigen Meldung über den Anschlag gegen den Oberbürgermeister Scheidemann wird noch mitgeteilt, daß nach den Feststellungen des zur Hilfe herbeigeeilten Rates es sich nach dem Inhalt des Gummiballons und nach dem Zustand Scheidemanns zu urteilen nur um ein Blankattentat handeln kann. Die Untersuchung der Flüssigkeit durch einen vereidigten Chemiker sollte im Laufe der Nacht erfolgen. Am frühen Abend erlangte Scheidemann, der inzwischen in seine Wohnung gebracht worden war, seine volle Befinnung wieder. Gestern hat sich das Befinden Scheidemanns so gebessert, daß er im Laufe des Tages eine Autofahrt im Automobil unternehmen konnte. Scheidemann hat bei dem Attentat keinerlei Verletzungen davongetragen. Die bisherigen Nachforschungen nach den Tätern waren erfolglos.

Am Mittwoch verankerteten die sozialdemokratischen Parteien in Kassel anlässlich des Attentats eine Demonstration.

Wie aus Berlin gemeldet wird, richtete der Vorstand der SPD, an Scheidemann folgendes Telegramm: Für den Parteivorstand und für die gesamte Partei spreche ich Dir unsere Freude über das Wählingen des niederträchtigen Attentats aus.gez. Otto Weis.

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, ist sofort nach dem Attentat auf Scheidemann eine Anzahl Kriminalbeamter mit mehreren Polizeihunden zur Verfolgung des Täters ausgesandt worden, die aber trotz aller erdenschlichen Bemühungen, die bis nach Wehra, Warburg, Dannoverich-Münden, ja bis nach Eisenach ausgedehnt wurden, ohne Erfolg zurückkehrten. Am zweiten Freitagabend wurde in Kassel nachmittags ein junger Mann verhaftet, auf den die Beschreibung des Täters paßte und der sich durch seine renommierten Redensarten verdächtig gemacht hatte. Es stellte sich aber heraus, daß er mit dem Attentat in keiner Beziehung steht. Er ist am Montag abend bereits wieder entlassen worden.

Ueberreichung der amerikanischen Kriegsmedaille an die Stadt Verdun.

Aus Paris wird gemeldet: Der amerikanische Botschafter Herrid überbrachte am Sonntag im Auftrag des Kongresses der Stadt Verdun die amerikanische Kriegsmedaille. In seiner Rede erklärte er, trotz aller Widerstände werde die Freundschaft zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten andauern, da es leicht möglich ist, in einer offenen Besprechung den Weg zu den notwendigen gegenseitigen Zugeständnissen zu finden.

Der anwesende Ministerpräsident Woincars benutzte die Gelegenheit, um eine Rede über die Reparationsfrage zu halten. Der gute Sinn des amerikanischen Volkes werde bald die „Legende vom französischen Imperialismus“ beseitigt haben. Angesichts der Gefahren, denen Frankreich freizugewiesen sei, und nach den erduldeten Leiden müsse jedermann von gutem Glauben verstehen, daß die für die Reparationen festgesetzten Summen nicht mehr herabgesetzt werden könnten. Wenn der geschätzte Schwabenserk, der versprochen worden sei, nicht bezahlt werde, dann müßten sich die Männer guten Glaubens gegen Rechenschaft abgeben, daß Frankreich gezwungen

sei, eine Macht zu unterhalten, um sie in den Dienst seiner Forderungen zu stellen. Frankreich halte sein Meer nicht deshalb aufrecht, um Arabeswegen zu blenden, oder Ruhm zu lachen. Man hätte das Recht, Frankreich freizugehen zu beurteilen, wenn es ungerechte Forderungen unterkräften würde, wenn es andere Nationen unterdrücken wolle und wenn es sich allen freiblichen Abkommen widersetzen würde. Derartige Absichten habe Frankreich nie gehabt. Es habe gegenüber Deutschland den Beweis außerordentlicher Mäßigkeit gegeben. Bis jetzt hätten die Franzosen schon 24 Milliarden Francs für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete bezahlt. Die zerstörten Dörfer in der Gegend von Verdun könnten nicht wieder aufgebaut werden, die Häuser seien zur Unfruchtbarkeit verdammt. Die Bevölkerung aber zeige sich ebenso mutig im Frieden, wie während des Krieges, sie habe also ein Recht, das zu verlangen, was Deutschland ihr versprochen habe. Die belagerten Städte dürften nicht ungestraft derartige Verwüstungen erleiden. Wenn der Friede Deutschland gestatten würde, sich auf Kosten Frankreichs zu bereichern, dann würde die Sache, die die Vereinigten Staaten und Frankreich zusammen verstanden hätten, eine Niederlage erleiden, und das wäre für Frankreich der Ruin und eine Erniedrigung.

Frankreich und die Anleiheverhandlungen.

„Newport Herald“ erklärt, Sonnabend vormittag in amtlichen Kreisen erfahren zu haben, daß die französische Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß sowohl die Frage einer Herabsetzung der deutschen Reparationsanleihe als die der Konsolidierung, Streichung oder anderweitigen Regelung der Kriegsschulden der Alliierten nur auf diplomatischem Wege erörtert werden könnten. Frankreich habe seine Zustimmung zur Einberufung des internationalen Anleiheauschusses in Paris nur unter der Voraussetzung erteilt, daß dieser sich ausschließlich mit dem Betrag einer deutschen Anleihe in Amerika und in den neutralen Ländern sowie mit den erforderlichen Garantien befasse. In Frankreich vertraue man darauf, daß eine Anleihe in Höhe von zwei Milliarden Goldmark unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei. Die französische Finanzkommission werde, und es verlautet, daß in Washington in den nächsten Tagen sowohl von London als von Paris aus inbezug auf die Möglichkeit einer allgemeinen Finanzkonferenz im Sommer sondiert werden solle.

Wie der „Temps“ mitteilt, ist die für heute angediente Sitzung der Reparationskommission, in der die vom internationalen Anleiheauschuss aufgeworfene Frage entschieden werden sollte, ob Deutschland zum Zahlungsplan von London verpflichtet sei, wegen der Abwesenheit verschiedener Delegierter verschoben worden.

Aus Oberschlesien.

Wie aus Oppeln gemeldet wird, wurden im Laufe des Sonnabends nachmittags durch den Gesandten Dr. Eckardt und den Vizeminister Dr. Szuda die Ratifikationsurkunden für das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 über Oberschlesien sowie für die am demselben Tage in Genf getroffenen Vereinbarungen über den Postverkehrsverkehr und den Verkehr an den Grenzübergangsbahnhöfen ausgetauscht. Im Anschluß hieran wurde von den Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung unter dem Vorbehalt der Ratifizierung eine Erklärung unterzeichnet, die sich auf die weitere Geltung der deutschen Besetzung in dem polnisch werdenden Teile Oberschlesiens bezieht und einen wesentlichen Bestandteil des vorerwähnten Abkommens über Oberschlesien bildet.

Eine Meldung aus Beuthen vom Sonnabend besagt, daß die Wirkung des Belagerungsanhanges zufriedenstellend ist. Der Terror hat im allgemeinen nachgelassen. Ein neuer Anschlag wird nur aus Bobret gemeldet, wo Handlanger in das Direktionshaus der Nullenstraße eindrangen. Die Bande wurde nach einem Feuergefecht vertrieben. Engländer sind noch in der Nacht von Beuthen aus in die Landgemeinden abgedrückt und hatten sie fest. Aus Rybnik und Zofrau wird Ruhe gemeldet. Die Gewerkschaften von Ratibor protestierten am Sonnabend gegen den Terror. In Gleiwitz wurde von den im deutschen Ausschuss vereinigten Parteien und Gewerkschaften ein Aufruf zur Ruhe erlassen.

Die Feiertage sind in den Kreisen Ratibor, Kanakühle, Tarnowitz und Wetz ruhig verlaufen. In Birkenheim sind deutsche Beamte verlagert, aber später aufgelockert worden, ihren Dienst wieder aufzunehmen. In Charly und Birkenheim wurden an den Feiertagen die Grenzposten entleert. Umlaufende Gerüchte aus Neutrechtlich, die wissen wollten, daß sämtliche politische Gefangene befreit worden seien, entsprechen nicht den Tatsachen. In Beuthen wurden in der Nacht zum ersten Pfingstfeiertag das am Hotel Kommis angebrachte Dokumentschloß des polnischen Konsulats von unbekanntem Täter zerschlagen.